



European Public Sector Award für sechs Verwaltungen

Initiative der Bertelsmann Stiftung, Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und der European Group of Public Administration

Die Preisträger des European Public Sector Award (EPSA) 2007 stehen fest. Sechs Verwaltungen aus Belgien, Deutschland, Großbritannien, Rumänien und Schweden werden für die vorbildliche Modernisierung ihrer Strukturen und Prozesse ausgezeichnet.

Der EPSA ist eine gemeinsame Initiative der Bertelsmann Stiftung, der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und der European Group of Public Administration (Brüssel). Die Preise wurden am 13. November 2007 in Luzern (Schweiz) verliehen. Der EPSA wurde in drei Themenbereichen ausgeschrieben: „Gemeinsam handeln“, „Zielerreichung mit knappen Mitteln“ und „Den demographischen Wandel steuern“. Mehr als 300 Verwaltungen aus 25 europäischen Nationen bewarben sich. 16 Verwaltungen wurden vor Ort in Augenschein genommen. Eine international besetzte Jury aus Verwaltungsexperten legte die sechs Preisträger fest.

Der Landkreis Osnabrück erhält einen Preis für seine beispielgebenden Initiativen im Umgang mit dem demographischen Wandel. Alle Projekte zu diesem Thema sind in den strategischen

Planungsprozess und das Finanzmanagement des Kreises eingebunden. Die Stadt Umeå in Schweden wird für ihren Ansatz ausgezeichnet, Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Kultur zu erleichtern. Außerdem hat die Bibliothek der Stadt neue Wege beschritten, um sehbehinderte Menschen einzugliedern.

Die Präfektur von Bukarest in Rumänien wird für ihre Verdienste, den Roma einen effektiven Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen aller Art zu ermöglichen, geehrt. Die Zentrale Datenbank der sozialen Sicherheit in Belgien erhält eine Auszeichnung für ihren Reorganisationsprozess. Seit der Umstrukturierung bietet sie einen hoch effektiven Service mit einem Minimum an bürokratischen Formalitäten und Kosten.

Nach Großbritannien gehen zwei Preise. Die Polizei in Lancashire hat ein Verfahren entwickelt, das es den Einsatzbeamten ermöglicht, die Anwesenheitszeiten auf der Polizeistation drastisch zu reduzieren und länger vor Ort im Einsatz zu sein. Feuerwehr und Rettungsdienst in Manchester erhalten eine Ehrung für ihr zukunftsweisendes Personalmanagement, das Kosten in erheblichem Umfang reduziert und die Dienstleistungsqualität erhöht hat. Weiterhin nehmen 59 Verwaltungen aus ganz Europa Diplome entgegen, die ihre Modernisierungserfolge würdigen. Mit dem EPSA möchten die Initiatoren andere Verwaltungen motivieren, von guten Beispielen zu lernen und ihre Verwaltungsstrukturen und -methoden grundlegend zu modernisieren.

Weitere Informationen unter: www.eps-award.eu

Einheitliche Behördenrufnummer 115 – Interessenbekundung zur Erprobung in den Modellregionen

Die geplante einheitliche Behörden-Rufnummer 115 soll vom Herbst 2008 an zunächst in Modellregionen getestet werden. Zu den Gebieten, die jetzt auf Vorschlag der Länder ausgewählt wurden, gehören u.a. Berlin, Hamburg, Regionen aus Nordrhein-Westfalen (Aachen, Arnsberg, Bielefeld, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Köln, Mülheim/Ruhr, Kreis Lippe, Märkischer Kreis, Kreis Paderborn, Staatskanzlei NRW) und das gesamte Rhein-Main-Gebiet.

Mit der einheitlichen Behördenrufnummer 115 sollen die Bürger die Möglichkeit eines einfachen und umfassenden kommunen- und länderübergreifenden Services erhalten. Die Federführung des Projekts D115 haben das Bundesministerium des Innern und das Land Hessen. Ziel ist es aber nicht, mit der 115 eine Art Call-Center für Deutschlands Behörden aufzubauen. Vielmehr sollen die Serviceeinheiten im Bund, in den Ländern und Kommunen

miteinander vernetzt werden. Grundlage dafür sind bereits bestehende Bürgerservice-Einrichtungen auf der Ebene von Ländern und Gemeinden.

Vorbild ist der Bürgerservice in New York. Dort meldet sich unter der Telefonnummer 311 innerhalb weniger Sekunden rund um die Uhr ein Ansprechpartner, der sich um Anliegen kümmert.

Die Pilotierung in diesen Modellregionen ist bis Herbst 2008 vorgesehen. Interessierte Bewerber, deren Servicecenter noch im Aufbau oder Ausbau befindlich sind, können zu einem späteren Zeitpunkt in das Projekt einsteigen.

Der weitere Ausbau soll ab 2009 stattfinden. Unter Berücksichtigung der in den Modellregionen gemachten Erfahrungen wird der unter der einheitlichen Behördenrufnummer angebotene Bürgerservice stufenweise sowohl inhaltlich als auch räumlich ausgebaut.

Weitere Informationen unter: www.verwaltung-innovativ.de

Hamburg und Hessen bündeln Know-how im E-Government

Die Freie und Hansestadt Hamburg und das Land Hessen haben ein Kooperationsabkommen im Bereich E-Government unterzeichnet. Beide Bundesländer nehmen in Deutschland eine führende Rolle in der Entwicklung und Bereitstellung moderner E-Government-Angebote ein.

Im Rahmen der deutschlandweiten Initiative „Deutschland Online“ haben beide Länder jeweils die Leitung für bedeutsame Einzelprojekte übernommen – Hamburg für die Reform des Kfz-Wesens und Hessen für die Errichtung eines einheitlichen Behördennetzes.

Auch bei einem weiteren überregional großen Projekt zeigen Hamburg und Hessen Flagge: So haben sich Hamburg und Hessen mit Modellregionen zur Einführung der bundeseinheitlichen Behörden-Rufnummer „115“ beworben und wollen so wichtige Anregungen und Erfahrungen aus der Praxis liefern.

Über die strategische Zusammenarbeit Hamburgs und Hessens hinaus sind alle anderen Bundesländer ausdrücklich aufgefordert, dem Kooperationsabkommen beizutreten. Denn die Entwicklung länderübergreifender E-Government-Strategien eröffnet erhebliche Synergiepotenziale für eine bessere Wirtschaftlichkeit von öffentlichen Online-Angeboten.

Vorankündigung: Fachtagung Verwaltungsinformatik (FTVI 2008) – „eGovernment – Vision und Baustelle“

Der Fachausschuss Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik (GI) lädt gemeinsam mit dem Ministerium des Innern Brandenburg und dem IfG.CC am 10. und 11. April 2008 zur Fachtagung Verwaltungsinformatik (FTVI 2008) nach Potsdam ein. Die Veranstaltung wird an der Universität Potsdam durchgeführt.

Elektronische Signatur, elektronische Archivierung, elektronische Patientenakte, mobile Bürgerdienste – wo steht eGovernment heute?

- Wie kann die Akzeptanz der Nutzer gesteigert werden, wie wird die heterogene IT-Ausstattung von Behörden, Unternehmen sowie von Bürgerinnen und Bürgern angemessen berücksichtigt?

- Welche Bedeutung haben Shared Services und welche Möglichkeiten ergeben sich aus gemeinsamen Projekten von Verwaltung und Wirtschaft?
- Wie reagiert die öffentliche Verwaltung auf den demographischen Wandel?

Die Fachtagung Verwaltungsinformatik (FTVI) 2008 wird die Herausforderungen der Gegenwart („Baustelle“) thematisieren und gleichzeitig die mittelfristige Perspektive diskutieren („Vision“).

In der Auseinandersetzung von wissenschaftlicher Betrachtung, praktischen Erfordernissen und Darstellung bereits gewonnenen Erfahrungen werden die Erkenntnisse analysiert und Umsetzungsstrategien aufgezeigt. Die FTVI 2008 ermöglicht einen breiten Austausch über die aktuellen Themen und strategischen Orientierung der Verwaltungsinformatik.

MODERNER STAAT 2007 – „Treffpunkt für Entscheider“ – Messe am 27. und 28. November in Berlin

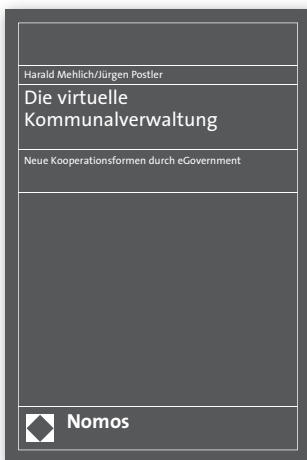
Die Modernisierung der Kommunen, der Landes- und Bundesverwaltung schreitet mit Tempo voran. Wie wichtig tief greifende Veränderungen für den öffentlichen Sektor sind und welche erfolgreichen Lösungen bereits den Weg in die Praxis gefunden haben, wird auf der Messe gezeigt.

Neu ist in diesem Jahr die gezielte themenspezifische Ausrichtung des Fachkongresses. Referenten berichten in diesem Rahmen über aktuelle Modelle aus den Bereichen E-Government, Prozess-/IT-Management, IT-Sicherheit, Personalmanagement, Strategie & Organisation und Finanzmanagement. Erstmals wird der Kongress um die Themen Immobilienwirtschaft und Finanzierungslösungen

erweitert. Vitako und das Land Rheinland-Pfalz sind mit Foren zu den Themen IT/ Prozessmanagement und E-Government vertreten.

„Von den Kollegen lernen“ heißt die Devise im Best Practice Forum. Referenten aus Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft stellen ihre Entwicklungen vor, die in der Praxis bereits erfolgreich zur Anwendung gekommen sind. Als Partner betreut das BSI den Themenpark IT Sicherheit. Der Schutz kritischer Infrastrukturen in der Informationstechnologie verlangt gerade von den öffentlichen Verwaltungen hohe Standards. Der Themenpark E-Learning/ Wissen und Weiterbildung mit 15 wissenschaftlichen Instituten und privaten Unternehmen bietet eine umfangreiche Übersicht über das konventionelle und elektronische Angebot.

Moderne Verwaltung.



Die virtuelle Kommunalverwaltung

Neue Kooperationsformen durch eGovernment

Von Prof. Dr. Harald Mehlich, Universität Bamberg und Jürgen Postler, Dipl.-Soz., Geschäftsführer des Instituts für Angewandte Sozialforschung und Praxisberatung (ZASP) GmbH

2007, 285 S., brosch., 49,- €, ISBN 978-3-8329-3027-1

eGovernment steht für einen neuartigen Typ der Verwaltungsmodernisierung. Das Internet ermöglicht flächendeckend eine behördenübergreifende Leistungserstellung. Speziell im kommunalen Sektor haben sich innovative Formen der Verwaltungskooperation herausgebildet, die über den traditionellen Zweckverband hinausweisen, jedoch bisher kaum erschlossen sind. Beispiele sind Einer-für-Alle-Dienste, regionale Dienstleistungsverbände, kommunale Allianzen oder standortverteilte Verwaltungsfusionen. Mit behördenübergreifenden Leistungsnetzwerken vollzieht sich eine parallele Entwicklung zu den virtuellen Organisationen im Privatsektor.

Innovative Ansätze der Verwaltungskooperationen werden anhand der Ergebnisse einer bundesweiten empirischen Untersuchung im Detail dargestellt. Es werden Entwicklungspotentiale analysiert sowie Transferperspektiven für die kommunale Praxis aufgezeigt. Daneben werden mögliche Beschäftigungseffekte in einer zunehmend virtualisierten Kommunalverwaltung angesprochen.

Bitte bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder bei Nomos
Telefon 07221/2104-37 | Fax -43 | www.nomos.de | sabine.horn@nomos.de



Nomos

Call for Paper

Die Sektion „Politische Soziologie“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie führt zusammen mit der Fachgruppe „Soziologie der Verwaltung“ des Berufsverbandes Deutscher Soziologinnen und Soziologen eine gemeinsame Tagung durch zum Thema

Korruption und „neue Staatlichkeit“.

Thema: Nicht erst der Korruptionsskandal bei Siemens und die Vorwürfe gegen die Justiz in Sachsen haben das Thema Korruption in den letzten Monaten wieder aktuell werden lassen. Doch zeigen diese beiden Fälle, dass die Grenzen zwischen einer eher politisch motivierten Korruption und einer tendenziell an wirtschaftlichen Vorteilen orientierten Bestechung der Verwaltung immer mehr verwischen. Nicht nur im kommunalen Bereich, wo die Grenzen zwischen politischer und verwaltungstechnischer Entscheidung ohnehin fließend sind, sondern auch auf staatlicher Seite haben sich korruptive Prozesse auf die Netzwerkstruktur moderner Staatlichkeit eingestellt. Im Bereich der Forschung ist jedoch weiterhin eine sehr starke Trennung der Analyse von politischer Korruption und korruptiven Prozessen innerhalb der Verwaltung zu beobachten.

Die Tagung in Hof setzt sich das Ziel, diese Trennung tendenziell aufzuheben. Es geht darum, den vernetzten Charakter von korruptiven Prozessen unter den Bedingungen moderner Staatlichkeit zu diskutieren. Die Transformation des modernen Staates, hin zu einem global player innerhalb differenzierter und vernetzter Regime und die damit einhergehende Liberalisierung und Ökonomisierung des Verwaltungshandelns gilt es unter dem Thema Korruption und Korruptionsprävention miteinander in Verbindung zu setzen.

Die Tagung findet vom 21. bis 23. Januar 2008 an der FHVR Bayern in Hof/Saale statt.

Veranstalter:

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern

Ort der Tagung:

Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung, Wirthstrasse 51, 95028 Hof. ReferentInnen werden kostenlos untergebracht, Reisekosten können nicht übernommen werden.

Kontakt:

Themenvorschläge (max. 1 Seite) richten Sie bitte bis zum 1. Dezember 2007 an Prof. Dr. Christian Lahusen, lahusen@fb1.uni-siegen.de oder an Dr. Carsten Stark, carsten.stark@fhvr-aiv.de

Redaktionsanschrift:

Prof. Dr. Veith Mehde (V.i.S.d.P.), Juristische Fakultät der Leibniz Universität Hannover
Königsworther Platz 1 | 30167 Hannover
Tel. (0511) 762 - 8206 | Fax (0511) 762 - 19106
E-Mail: mehde@jura.uni-hannover.de | www: <http://www.verwaltung-management.de>

Redaktionsassistentin (Satz und Layout):

Heidrun Müller, Institute for eGovernment (IfG.CC) an der Universität Potsdam

Druck und Verlag:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3-5 | D-76530 Baden-Baden
Telefon (07221) 2104-0 | Fax (07221) 2104-27

Anzeigen:

sales friendly Verlagsdienstleistungen | Siegburger Str. 123 | 53229 Bonn
Telefon (0228) 978980 | Fax (0228) 9789820
E-Mail: roos@sales-friendly.de

Die Zeitschrift, sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags.

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Herausgeber/Redaktion wiedergeben. Unverlangt eingesandte Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnentstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

Erscheinungsweise: sechsmal jährlich

Bezugspreis 2007: jährlich 120,- Euro, Einzelheft 24,- Euro. Alle Preise zzgl. Vertriebs-/Direktbestellungsgebühren inkl. MwSt.; Bestellungen nehmen entgegen: Der Buchhandel und der Verlag; Abbestellungen mit Drei-Monats-Frist zum Kalenderjahresende. Zahlungen jeweils im Voraus an: Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe, Konto 73636-751 (BLZ 660 100 75) und Stadtparkasse Baden-Baden, Konto 5-002266 (BLZ 662 500 30). ISSN 0947-9856